



WAS WIRKLICH KRANK MACHT

UMVERTEILUNG FINDET STATT, ABER... •
ÖGB: NEBENSACHE FRAU • TIERSCHUTZ:
RECHTSSTAAT ÖSTERREICH

Termine für Oktober, November

Betriebsrats-Weiterbildung

Freitag, 23. Oktober, 16–20 Uhr

Thema: „Kurzarbeit“:

Die Wirtschaftskrise hat ein altes arbeitsmarktpolitisches Instrument neu belebt. Ist Kurzarbeit tatsächlich ein sinnvoller Lösungsansatz, eine vertretbare Verteilung der Krisenkosten? Wie sind die gesetzlichen Regelungen? Wie funktioniert das komplizierte Zusammenspiel der gesetzlichen Sozialpartnervereinbarung und der Betriebsvereinbarung?

Referent: Rene Schindler, Leiter der Abteilung für Arbeitsrecht, Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung.

Samstag, 14. November, 10–17 Uhr

Grundschulung für BetriebsrätInnen und Interessierte.

Inhalt: Grundbegriffe des Arbeits- und des Arbeitsverfassungsrechts, Einführung in die Grundlagen von Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik, Vorstellung ÖGB, AK und AUGÉ/UG.

ReferentInnen sind Christine Rudolf und Heinz Dürr.

Einzelberatungen sind möglich. Terminvereinbarungen: (01) 505 19 52.

Zielgruppen sind BetriebsrätInnen, ErsatzbetriebsrätInnen, an einer Betriebsratsgründung Interessierte.

Alternative-Versand

Freitag, 20. November, 9–12 Uhr

Alle Termine im AUGÉ-Büro, 1040 Wien, Belvederegasse 10.



VOR 40 JAHREN

war Ing. Erwin Simek einer der Initiatoren zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit“.

Damit sollte den Bemühungen der KPÖ-Führung, nach den Ereignissen 1968 in der CSSR verstärkt politische Einflussnahme auf die ihr nahe stehenden gewerkschaftlichen Tätigkeiten auszuüben, ein Riegel vorgeschoben werden.

Die „alte Gewerkschaftliche Einheit“, die im Gefolge des Oktoberstreiks 1950 entstand, entwickelte sich immer stärker zu einer parteiunabhängigen, linken Gewerkschaftsfraktion, was dem stalinistischen Flügel der KPÖ höchst zuwider war.

Als Konsequenz dieser Auseinandersetzungen ergriff eine Gruppe von Betriebsräten aus dem ÖMV-Tanklager Lobau (zum Beispiel Walter Neuhaus, Hans Resch, Erwin Simek u. a.) 1969 die Initiative zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Einheit“ (GE) um ungestört von parteipolitischen Interessen und Einflussnahmen, relevante gesellschaftskritische Politik zu vertreten.

Erwin Simek war, wie viele andere Betriebsräte aus dem Angestelltenbereich, gewerkschaftlich gut verankert. Als Funktionär der Ortsgruppe Donaustadt (Wien 22), Mitglied der Wiener und Bundeskontrolle der GPA, Mitglied der Fachgruppenleitung Erdölindustrie und des Vorstandes der Sektion Industrie der GPA, war Erwin in viele Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingebunden und konnte dabei die kritischen Positionen der GE einbringen.

In seinen vielen Funktionen war Erwin auch für die Ausrichtung unserer gewerkschaftlichen Positionen ein wichtiger Informant und Ratgeber. Seit seiner Pensionierung 1985 gehörte Erwin zu den aktiven Unterstützern bei der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen und bei der Organisation des Versandes der „Alternative“. Weiters hat er mit Moritz Neumann jahrelang unser GE-Archiv in der ehemaligen Brücke-Druckerei in der Wipplingerstraße in Schuß gehalten. Das Erzählen von ein paar Witzen gehörte dabei zu seinem Repertoire.

Neben seinem gewerkschaftlichen Engagement war Erwin sehr bemüht, das Leben fremder Völker in allen Teilen der Welt kennen zu lernen und sich dabei auch mit der Entwicklung der Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung – besonders in Europa – zu beschäftigen.

Ein Schlaganfall vor 2 Jahren lähmte seine Energie und Bewegungsfähigkeit, was letztlich vor einigen Wochen im 86. Lebensjahr zu seinem Tode führte.

Wir gedenken eines Kollegen, der viel zum Aufbau und zur Entwicklung der heutigen AUGÉ beigetragen hat.

Franz Mikolasch

DIE ALTERNATIVE

MAGAZIN

Umverteilung in Österreich.	Seite 4
Green Jobs?	Seite 7

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Kindergärten: Sensationeller Auftakt	Seite 10
Wahlen im Öffentlichen Dienst	Seite 14
ÖGB: Nebensache Frau.	Seite 17
Datenmissbrauch: Was wirklich krank macht	Seite 18

INTERNATIONAL

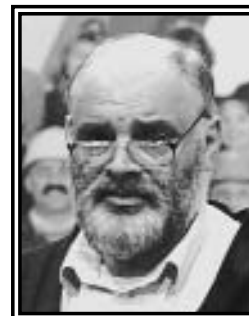
Deutschland: Schröders Erbe.	Seite 19
--------------------------------------	----------

GESELLSCHAFT

ZEBRA: zweiundzwanzig	Seite 20
Tierschutz: Rechtsstaat Österreich?.	Seite 22

SPEZIAL **MUCH**

.	Seite 12
-----------	----------



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

SCHON WIEDER WAHLEN ...

Ich weiß schon: Wahlen sind unentbehrlich in einer Demokratie. Vorwahlzeiten haben aber auch die unangenehme Begleiterscheinung, dass jeglicher politischer Entscheidungswille der Machthaber auf Monate unter Null sinkt. Da zählt dann mehr das kurzfristige Kalkül, irgendwie Positionen vermeintlich oder tatsächlich abzusichern.

Bestes Beispiel dafür: der in Wien ziemlich unüberlegt und unvorbereitet eingeführte „Gratiskindergarten“. An das betroffene Personal hat dabei niemand gedacht.

Im November werden die KollegInnen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu den Urnen gerufen. Die Alternative berichtet in diesem Heft ausführlich darüber.

Im Frühjahr 2010 steht der Bundespräsident zur Wahl. Droht da eine weitere Niederlage der SPÖ?

Im Mai gehts locker weiter mit den Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen bei der Stadt Wien. Die Unruhe bei der FSG ist spürbar. Befürchtet werden aber vor allem Einbrüche durch freiheitliche Listen. Einziges Bollwerk dagegen wären in einigen Bereichen die Unabhängigen GewerkschafterInnen. Die dürfen aber auch nicht mit ihren Aktionen – zum Beispiel im Kindergartenbereich – erfolgreich sein. Da stellt sich die FSG lieber tot, statt auf den fahrenden Zug aufzuspringen. In der Hoffnung auf einen Überraschungscoup knapp vor der Wahl.

Das Beruhigende: Auch diese unerfreuliche Vorwahlzeiten werden vorübergehen ...

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB)
Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775
Die „Alternative“ ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften; Kontakt: <http://vaz.mediaweb.at>. **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Der neue Verteilungsbericht des WIFO ist da. Umverteilung in Österreich findet statt. Allerdings überwiegend auf der Ausgabenseite. *Von Markus Koza.*

UMVERTEILUNG

Das „Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung“ (WIFO) hat im September 2009 die knapp 350 Seiten dicke neue Verteilungsstudie „Umverteilung durch den Staat in Österreich“ präsentiert. Untersucht wurde die direkte Umverteilungswirkung der öffentlichen Budgets und der Sozialversicherungsträger in Österreich auf die „Wohlfahrt“ der österreichischen Haushalte. Die Verteilungswirkung von Pensionen wurde nicht berücksichtigt.

KAUM EINNAHMENSEITIGE UMVERTEILUNG

Mit einer Abgabenquote (direkte und indirekte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) von rund 42 Prozent (2007) und einer Staatsausgabenquote von 48,5 Prozent weist Österreich ein relativ hohes Umverteilungspotential aus. Auf der Staatseinnahmenseite (also Steuern und Abgaben) sind die Umverteilungseffekte allerdings ausgesprochen gering. Durch den hohen Anteil an indirekten Steuern (beispielsweise Umsatzsteuer) und Abgaben sowie der in Österreich geringen bis nicht existenten Vermögens- und unterdurchschnittlichen Einkommensbesteuerung wirkt das österreichische Steuersystem kaum progressiv. Die Umverteilungs-

wirkung der Staatseinnahmen hat sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten weiter abgeschwächt: Im Verhältnis zum Einkommen ist die Abgabenbelastung durch indirekte Steuern für niedrige Einkommen stark gestiegen.

Die durchschnittliche Abgabenquote für Lohnsteuerpflichtige (auf Grund mangelnden bis fehlenden Datenmaterials wurden nur Lohnsteuerpflichtige untersucht) gemessen am Bruttoeinkommen (am „Markteinkommen“, also Bruttolöhnen und -gehältern), lag 2005 bei 37,6 Prozent. Im 1. Dezil (das sind die zehn Prozent einkommensschwächste ArbeitnehmerInnen) liegt die Abgabenquote bei durchschnittlich 37,3 Prozent, erreicht im dritten Dezil mit 33,2 Prozent den niedrigsten Wert und steigt im obersten Dezil (zehn Prozent einkommensstärkste ArbeitnehmerInnen) auf 40 Prozent. Das Steuer- und Abgabensystem weist damit eine nur leicht progressive Wirkung aus. WIFO: „Das Steuer- und Abgabensystem insgesamt belastet zwar verschiedene Einkunftsarten sehr unterschiedlich, wirkt aber nur mäßig progressiv. Gemessen am Einkommen ist die Abgabenleistung nach Einkommensschichten relativ einheitlich.“

Besonders zu berücksichtigen ist dabei, dass bereits über 40 Prozent der EinkommensbezieherInnen gar keine Einkommenssteuer zahlen, die Abgabenbelastung allerdings in dieser Gruppe dennoch ausgesprochen hoch ist: Einkommensschwache Haushalte geben praktisch ihr gesamtes Einkommen für Konsum aus, sind also verhältnismäßig von der Mehrwertsteuer höher belastet als einkommensstarke Haushalte, die im Verhältnis zu ihrem Einkommen deutlich weniger für Konsum ausgeben müssen und einen gro-

ßen Teil ihres Einkommens sparen können. Das WIFO, wohl Bezugnehmend auf immer wieder von konservativen ÖkonomInnen und PolitikerInnen angedachte Erhöhung der Mehrwertsteuer, zur Begleichung im Rahmen der Krise gestiegener Budgetdefizite: „Es wird ... deutlich, dass eine undifferenzierte Erhöhung der Mehrwertsteuer niedrige Einkommen überproportional belastet.“

Auffallend ist auch die hohe und steigende Abgabenlast auf Arbeit – trotz sinkender Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen). Diese ist trotz steigender Beschäftigtenzahlen von rund 78 (1978) auf 67 Prozent (2008) gefallen. Gleichzeitig hat sich die Abgabenlast zu Lasten von Arbeit verschoben. Abgaben auf Lohnneinkommen sind nicht nur deutlich höher als jene auf Gewinn- und Besitzeinkommen, sondern auch stärker gestiegen.

Der Anteil der Lohnsteuer (Einkommenssteuer auf Löhne, Gehälter und Pensionen) an lohnpflichtigen Einkommen ist seit 1990 von 10,9 auf 15,4 Prozent gestiegen, während das Aufkommen an Einkommens- und Kapitalertragssteuern, gemessen an der entsprechenden Steuerbasis im selben Zeitraum, von 10,9 auf 10,3 Prozent sogar leicht gefallen ist.

UMVERTEILUNG DURCH STAATSAUSGABEN

Umverteilung in Österreich – von hohen hin zu niedrigen Einkommen – findet also vor allem über Staatsausgaben statt. 2005 kamen dem einkom-



MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM
ÖGB-BUNDES-VORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.



menschschwächsten Drittel an Nicht-Selbständigen-Haushalten, auf das gerade einmal 14 Prozent der gesamten Lohnsumme fällt, 43,5 Prozent aller Transferleistungen zugute. Auf das mittlere Einkommensdrittel – mit einem Anteil am gesamten Lohneinkom-

verteilung = Lohn- und Gehaltseinkommen) sehr ungleich verteilt, führt die Sekundärverteilung (nach Berücksichtigung aller Abgaben und öffentlichen Leistungen, monetär wie nichtmonetär), doch zu einer gewissen Korrektur der Ungleichverteilung.

46,6 Prozent. Die Einkommensverteilung wird also etwas „gleicher“. Monetär ausgedrückt: das unterste Einkommensdezil der Nicht-Selbständigen-Haushalte (ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen, StudentInnen, Arbeitslose, Karenzierte etc.) – die im Rahmen der Primärverteilung ein durchschnittliches Einkommen von lediglich 385 Euro pro Kopf erzielen, kommen im Zuge der Sekundärverteilung auf ein Einkommen von 1130 Euro pro Kopf. 40 Prozent der Nicht-Selbständigen-Haushalte sind Nettogewinner des staatlichen Umverteilungsprozesses. Sie erhalten mehr an öffentlichen Leistungen als sie an Steuern und Abgaben zahlen.



men von rund 29 Prozent – entfallen rund 31,5 Prozent aller staatlichen Transfers. Das obere, einkommensstärkste Drittel, das insgesamt 57 Prozent an den gesamten Lohn- und Gehaltseinkommen hält, bezieht rund 25 Prozent der staatlichen Leistungen. Sind die „Markteinkommen“ (Primär-

Das untere Einkommensdrittel mit einem Markteinkommen von 14 Prozent erreicht im Zuge der Sekundärverteilung immerhin 23 Prozent Einkommensanteil, gewinnt also 9 Prozent. Das mittlere Drittel gewinnt leicht von 29,1 Prozent auf 30,4 Prozent. Das obere Drittel verliert von 56,9 auf

DURCHSCHNITTLICH 570 EURO

Die durchschnittlichen monatlichen Staatsausgaben entsprachen 2005 570 Euro pro Kopf (970 Euro pro Haushalt). Mit 947 Euro sind die monatlichen öffentlichen Leistungen bei den einkommensschwächsten 10 Prozent am höchsten, entsprechen im 5. Dezil mit 576 Euro in etwa dem Durchschnitt und betragen bei den obersten 10 Prozent 400 Euro.

PROGRESSIVSTE ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN

Die progressivsten öffentlichen Leistungen bilden Ausgaben, die mit Arbeitslosigkeit im Zusammenhang stehen, die Sozialhilfe und die Wohnbeihilfe. Fast 90 Prozent dieser Ausgaben entfallen auf das unterste Einkommensdrittel. Unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße wirken auch Familienleistungen progressiv: das unterste Drittel erhält fast die Hälfte der Familienleistungen (Familienbeihilfen, Kinderbetreuungsgeld etc.). Für Haushalte mit Kindern machen Familienleistungen 13,8 Prozent aus, beim unteren Drittel gut 33 Prozent, bei den ärmsten 10 Prozent sogar 85 Prozent des Markteinkommens. Allerdings, schränkt das WIFO ein: „Probleme bestehen aber im Angebot an Betreuungsinfrastuktur und damit in der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie hinsichtlich der Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen und Mehrkindfamilien.“

Bitte umblättern

GESUNDHEITSLEISTUNGEN

Die öffentlichen Gesundheitsleistungen machen gut die Hälfte, und damit den größten Brocken der untersuchten sozialen öffentlichen Leistungen aus. Gesundheitsleistungen (inklusive Pflegegeld) hängen eng mit dem Lebensalter zusammen und kommen mit 37 Prozent aller Gesundheitsausgaben überproportional dem untersten Einkommensdrittel zugute, wo auch der Großteil der PensionistInnen vertreten ist. Auf das mittlere Drittel kommen gut 32 Prozent der öffentlichen Gesundheitsleistungen, auf das obere Drittel 30,5 Prozent. Im Durchschnitt belaufen sich öffentliche Gesundheitsausgaben auf 15 Prozent des durchschnittlichen Markteinkommens,

- im unteren Drittel auf 40 Prozent,
- im mittleren auf knapp 17 Prozent,
- im oberen auf gut 8 Prozent.

BILDUNGS-AUSGABEN

Die Verteilungswirkungen des öffentlichen Bildungssystems hängen vor allem von der Kinderanzahl, der Schulbesuchsdauer und der Art der Ausbildung (Pflichtschule, AHS, BHS, Universität etc.) ab. Im Großen und Ganzen verteilen sich die Bildungsausgaben nach Einkommensschichten über die Haushalte: Über 75 Prozent der gesamten Ausgaben für Bildung fließen in die unteren zwei Einkommensdrittel, auf das oberste Drittel entfallen 23 Prozent. Für die betroffenen Haushalte (Haushalte mit SchülerInnen) belaufen sich die öffentlichen Schulausgaben auf 24 Prozent der Markteinkommen, für Haushalte mit StudentInnen auf gut 20 Prozent. Allerdings ist die Verteilungswirkung stark progressiv: Im

unteren Einkommensdrittel der Haushalte mit SchülerInnen, StudentInnen betragen die öffentlichen Schulausgaben gut 50 Prozent des Markteinkommens, im oberen Drittel rund 12 Prozent. „Die private Finanzierung der Ausbildungskosten wäre also wohlhabenden Haushalten zumutbar, wäre aber in den unteren Einkommensdezilen bei den gegebenen Standards kaum erschwinglich,“ folgert das WIFO.

WOHNBAUFÖRDERUNG

Während Instrumente der Subjektförderung, wie Wohn- und Mietzinsbeihilfe, zu den progressivsten Maßnahmen gehören – rund 95 Prozent der Mittel entfallen auf die untere Hälfte der EinkommensbezieherInnen, sind Instrumente der Objektförderung – im Wesentlichen Wohnbauförderungsdarlehen und Annuitäten- und Zinszuschüsse, rund 90 Prozent der gesamten Mittel der Wohnbauförderung – in ihrer Wirkung eher regressiv, kommen also einkommensstärkeren Gruppen zugute: „Nur indirekt, über ein größeres Wohnungsangebot und damit niedrigere Mieten, dürfte die Objektförderung niedrigen Einkommensschichten zugute kommen.“

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Auch wenn in Österreich universelle wohlfahrtsstaatliche Leistungen dominieren – große Teile der öffentlichen Mittel werden unabhängig von der Bedürftigkeit verteilt, wirken diese stärker umverteilend, als die selektiven streng bedarfsgeprüften Leistungen in den Wohlfahrtsstaaten anglo-amerikanische Prägung. „Werden die Wohlhabenden von den Wohlfahrtssystemen

ausgeschlossen und sozialstaatliche Leistungen nur auf die Bedürftigen fokussiert, stößt der Sozialstaat rasch an Finanzierungsgrenzen und die Leistungen für die Armen bleiben ärmlich ausgestattete Leistungen. Verringerungen des staatlichen Leistungsangebots treffen daher in der Regel Haushalte mit niedrigen Einkommen unverhältnismäßig stark, während sie für Bevölkerungsschichten mit hohen Einkommen ohne nennenswerte zusätzlich Belastung über den Markt substituiert werden können,“ resümiert das WIFO.

Der Verteilungsbericht des WIFO ist jedenfalls eine wichtige und wissenschaftlich fundierte Grundlage, um für die Verteilungskämpfe der nächsten Jahre gewappnet zu sein – drohen doch im Rahmen des Defizitabbaus massive Sparpakete. Der Verteilungsbericht deckt auch Defizite im Sozial- und Bildungsstaat auf – etwa bei der Kinderbetreuung. Er zeigt auch, dass trotz Umverteilung nach wie vor nicht Chancengerechtigkeit – etwa beim Bildungssystem – besteht, dass es daher konsequenterweise mehr Geld für Bildung braucht. Vor allem aber zeigt er eines: Auch die einkommensstärksten Gruppen profitieren in einem Ausmaß von immerhin 4800 Euro im Jahr pro Person von diesem Sozial- und Bildungsstaat – durch unmittelbare und mittelbare Leistungen. Umverteilung kommt auch ihnen zu Gute. Der Verteilungsbericht zeigt auch schön auf, wie es denn um die – relative – Belastung der Einkommensgruppen tatsächlich steht. Und dass gerade einnahmenseitig große Potentiale der Umverteilung bestehen, beziehungsweise nicht genutzt werden. Nicht nur bei Einkommenssteuern, sondern auch bei allen Arten der Vermögensbesteuerung. Potentiale die raschest möglich gehoben gehören. Dazu braucht es Mut. Mut zu Umverteilung.

Die Studie „Umverteilung in Österreich“ sowie eine kurze Zusammenfassung gibt es unter wifo.ac.at als Gratis-Download.



Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen

Unterstützt die Beschäftigten bei Schlecker.

Fordert die Firma Schlecker auf, die Arbeitsbedingungen für die MitarbeiterInnen zu verbessern.

Die Unterschrift unterstützt auch die Einhaltung des Kollektivvertrages für Handelsangestellte und der Gesetze in Österreich: www1.gpa.at/schlecker.

Die Gewerkschaften, die Betonierer und der Klimawandel.

Von Markus Koza.

GREEN JOBS?

Geht es um Umwelt- oder Klimaschutz gelten die österreichischen Gewerkschaften im Allgemeinen als Bremser. Und das (leider) nicht zu Unrecht. Ein Blick über den nationalen Tellerrand würde dem ÖGB dabei nicht schaden.

Der ÖGB macht tatsächlich auch so ziemlich alles, um dem „Betonierer“-Image auch gerecht zu werden. Wirft mensch etwa einen Blick in sein 63-seitige Grundsatzprogramm, das im Rahmen des 17. ÖGB-Bundeskongresses beschlossen wurde, wird mensch gerade einmal eine halbe Seite zum Thema Klima- und Umweltschutz finden. Die Forderungen sind dabei eine glatte Themenverfehlung. Wer gewerkschaftliche Positionen zu Themen wie

- Energieeffizienz und -sparen,
- ökologischer Umbau unseres Wirtschaftssystem,
- Ausstieg aus Öl und Gas,
- Förderung erneuerbarer Energien,
- bauliche Maßnahmen zur Wärmedämmung,
- massiver Ausbau öffentlicher, umweltfreundlicher Mobilität sucht oder gar zu einer
- Ökologisierung des Steuersystems, wird enttäuscht.

Erneuerbare Energieträger bleiben im Energiekapitel weitgehend auf Wasserkraft beschränkt. Die Klimakrise – neben der Wirtschaftskrise wohl die zentrale gesellschaftliche und globale Herausforderung – ist dem ÖGB, einem zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Player in Österreich, nur ein paar Randnotizen wert.

Die Arbeiterkammer ist da nicht viel anders. Gemeinsam mit der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer wurde etwa das Ökostromgesetz abgewürgt: Zu teuer für die KonsumentInnen und vielfach eine versteckte Förderung defizitärer landwirtschaftlicher Betriebe, wie Biogasanla-

gen. Nun sollen Gelder zur Ökostromerzeugung tatsächlich möglichst sinnvoll und effizient eingesetzt werden, da hat die AK schon recht. Nur wirken die vorgebrachten Argumente oft genug nur vorgeschoben: Wir erinnern uns noch gut – und nicht gerade gerne – an die AK-Tiraden gegen die Nutzung von Windkraft als zu teuer, nicht marktfähig etc. Heute ist die AK auch offiziell umgeschwenkt, steht der Windkraft durchaus positiv gegenüber. Ohne eine entsprechende Förderpolitik und Einspeisetarife – die von der Arbeiterkammer stets kritisch beäugt wurde – wäre allerdings auch Windkraft nicht „konkurrenzfähig“ geworden.

ARBEITERKAMMER UND GEWERKSCHAFTEN

Studien in Deutschland und Österreich – aber auch des Internationalen Gewerkschaftsbundes – kommen immer wieder zu großen Beschäftigungspotentialen, die im Klimaschutz liegen. So genannte „Green Jobs“. Einzelne Gewerkschaften in Österreich – wie etwa die Gewerkschaft Bau Holz oder auch die Vida – erkennen diese Potentiale auch und fordern entsprechend den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, beziehungsweise mehr Mittel für die thermische Sanierung des Althausbestandes – eine Maßnahme, die als besonders beschäftigungswirksam und als bedeutender Beitrag zum Klimaschutz gilt. Für ÖGB und Arbeiterkammer sind „Green Jobs“ allerdings mehr Risiko als Chance.

Im Rahmen der Parlamentsdebatte um eine Novellierung des Ökostromgesetzes sahen sich Gewerkschaften und AK bemüßigt, zu „Green Jobs“ ihre Stellungnahmen abzugeben. Die AK übertitelt ihre Presseaussendung mit der Überschrift „Auch ‚grüne Jobs‘

müssen ‚gute Jobs‘ sein“, GPA-DJP-Vorsitzender Katzian nannte seinen Beitrag quasi wortident „Green Jobs‘ müssen ‚Good Jobs‘ sein“. Nun, dem ist an und für sich nichts hinzuzufügen, das muss selbstverständlich Anliegen von Gewerkschaften und Arbeiterkammern sein. „Green Jobs“ müssen genauso arbeitsrechtlich abgesichert sein, wie jeder andere, Unternehmen aus der Ökobranchen für Verstöße gegen das Arbeitsrecht, Einschränkung von Mitbestimmung, Ausnutzen von Arbeitskräften, Prekarisierung etc. genauso an den Pranger gestellt werden, wie jedes andere Unternehmen auch. Gerade wir geben uns da auch keinen Illusionen hin und haben KollegInnen aus der Öko-Branche auch in Auseinandersetzungen mit ihren ArbeitgeberInnen immer wieder unterstützt.

MESSEN MIT ZWEIERLEI MASS?

Bei den folgenden von AK und Gewerkschaften getätigten Aussendungen merkt mensch allerdings die Absicht und ist verstimmt. „Es gebe Hinweise darauf, dass bei Unternehmungen, die für die Schaffung von Green Jobs gelobt wurden, sozialrechtliche Mindeststandards nicht eingehalten worden seien,“ führt Katzian aus. AK-Direktor Muhm assistiert, dass „viele dieser so hochgelobten ‚grünen Jobs‘ oft nur atypische Beschäftigungsverhältnisse“ seien, Beschäftigungseffekte „vermeintlich positiv seien“. Es gebe nicht nur qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse, sondern beispielsweise sehr viel Leiharbeit. Allein: Atypisierung, Prekarisierung, Leiharbeit etc. sind wahrlich kein Phänomen, das auf die Öko-Wirtschaft beschränkt bleibt, beziehungsweise für welches die Öko-

Bitte umblättern

Wirtschaft als exemplarisches Beispiel dienen kann. Die Aussendungen von Katzian und Muhm vermitteln allerdings genau diesen Eindruck: „Green Jobs“ sind einmal per se eher nicht „Good Jobs“.

Frage: kann sich irgendwer an eine Aussendung von Gewerkschaft und AK erinnern, mit „Jobs in der Autoindustrie müssen ‚gute Jobs‘ sein“, „Jobs in der Elektroindustrie müssen ‚Good Jobs‘ sein“, „Jobs in der Stahlindustrie müssen ‚gute Jobs‘ sein“? Ich nicht. Dabei boomt in diesen Branchen z.B. Leiharbeit enorm. Mit Einbruch der Krise wurden tausende LeiharbeiterInnen in der Metallindustrie freigesetzt. Eine Industrie, die gewerkschaftliche gut organisiert ist. Warum also wird Atypisierung, Unterlaufen sozialrechtlicher Standards etc. gerade bei „Green Jobs“ so betont, aber nicht bei „Stahl-“ oder gar bei „Autojobs“, geschweige denn bei für Atypisierung geradezu typischen Dienstleistungsberufen?

Und: ist es nicht gerade die GPA-DJP, die eine Sozialmilliarde fordert, um Jobs im Pflege- und Sozialbereich zu schaffen? Ein Bereich, wo Atypisierung (etwa Teilzeitbeschäftigung, neue Selbständigkeit etc.) schon eher die Regel als die Ausnahme ist? Das hindert die Gewerkschaften dennoch nicht, mehr Geld für die Sozialwirtschaft zu fordern – weil Pflege, Sozialarbeit, Gesundheit etc. eben enorme gesellschaftliche Herausforderungen sind. Wie auch der Klimawandel – dem Gewerkschaften offensiv begegnen müssten. Mit klaren Vorstellungen, wie der ökologische Umbau der Wirtschaft im Sinne der ArbeitnehmerInnen zu gestalten ist.

BLICK ÜBER DEN TELLERRAND: ES GEHT AUCH ANDERS

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Bali (3.–14. Dezember 2007) eine Erklärung der Gewerkschaften verfasst. Und diese zeigt, dass es auch andere gewerkschaftliche Zugänge zum Klimaschutz gibt.

In der Einleitung heißt es etwa, dass „der Klimawandel ... für alle eine erkennbare und beunruhigende Gewissheit geworden ...“ ist. Der Klimawandel würde für Millionen ArbeitnehmerInnen konkrete Auswirkungen auf Le-

bensumstände und Arbeitsplätze haben. Die Gewerkschaften sprechen sich „dafür aus, dass wir alle zusammen diese Herausforderung annehmen, in solidarischem und gemeinsamen Handeln.“ Als Vertreter der Gewerkschaften in Nord und Süd lädt der IGB „alle anderen Akteure in Bali ein, gemeinsam die Industrieländer davon zu überzeugen, einer deutlichen Reduzierung ihrer Emissionen zuzustimmen.“ Und: „Die Behauptung, Wachstum und Beschäftigung würden dadurch beeinträchtigt, ist weder länger glaubhaft noch akzeptabel. Weiterer Aufschub ist nicht mehr vertretbar.“ Das sind allerdings ganz andere gewerkschaftliche Töne.

Der IGB weist darauf hin, dass „die Auswirkungen auf die Wirtschaft – inklusive Beschäftigung – katastrophal sein (würden, Anm.), sofern keine ehrgeizigen Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ergriffen werden.“ Und weiter: „Zwar haben Regierungen bestimmter Industrieländer die Arbeitsplatzsicherung als Argument genutzt, sich nicht für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen einzusetzen, doch zeigen neuere Daten, dass Maßnahmen des Klimaschutzes insgesamt positive Auswirkungen auf die Beschäftigung haben. Die Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass der Kampf gegen den Klimawandel eine potentiell positive Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auf der Grundlage einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft darstellt.“

IGB UND „GREEN JOBS“

„Die Zeit ist reif für ‚grüne‘ Arbeitsplätze“ sagt der IGB. Klingt ganz anders als das, was von ÖGB und AK kommt. „Green Jobs“ sind laut Internationaler Arbeitsorganisation „menschenwürdige Arbeitsplätze mit hohen arbeitsrechtlichen Standards und Arbeitsbedingungen und darüber hinaus mit einer hohen Energieeffizienz und geringen Emissionen“. Grüne Arbeitsplätze finden sich in Branchen, wie den erneuerbaren Energien, bei Dienstleis-

tungen zur Steigerung der Energieeffizienz und im Anlagenbau, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, in der nachhaltigen Stadtentwicklung, der Wiedereingliederung von Brachland, sowie dem Recycling. „Die Gewerkschaften unterstützen die Schaffung ‚grüner‘ Arbeitsplätze und rufen die Regierungen dazu auf, dieses Ziel zu fördern, da sie gute Arbeitsbedingun-



gen und Einkommen versprechen und so für Wachstum und Klimaschutz sorgen.“ Und: „Da umweltfreundliche Arbeitgeber nicht zwingend bessere Arbeitgeber sind, halten die Gewerkschaften an ihrem Auftrag fest, sich um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu kümmern – in traditionellen wie in fortschrittlichen Branchen und Sektoren.“

Den IGB-Gewerkschaften ist dabei bewusst, „dass bestimmte Branchen unter den Anstrengungen zur Minderung des Klimawandels leiden werden.“ Sektoren, deren Geschäft auf fossilen Energieträgern basiert, sowie energieintensiven Branchen, denen durch die politisch forcierte Reduzierung der CO₂-Emissionen ein grundlegender Wandel bevorsteht. Anders als die österreichischen Gewerkschaften sieht der IGB allerdings durch „die Umstellung auf eine umweltgerechte Produktionsweise die Beschäftigungspotentiale deutlich wachsen, insbesondere durch den Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind-, Sonnen- und Wasser-

kraftwerke.“ Zusätzliche Beschäftigung erwartet der IGB, neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und Energie-sparmaßnahmen, in der Förderung energieeffizienter Gebäude und der Erneuerung der öffentlichen (Verkehrs-) Infrastruktur.

Die Gewerkschaften akzeptieren, dass Veränderungen in einigen Sektoren unumgänglich sind, fordern aller-



dings einen „fairen Wandel“, um Härtefälle für ArbeitnehmerInnen zu vermeiden: Übergangsmaßnahmen für energieintensive Sektoren und um den ArbeitnehmerInnen Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für „einen Weg in neue Berufe (zu) eröffnen.“ So der IGB.

GEWERKSCHAFTEN: AKTEURE DES ÖKOLOGISCHEN UMBAU

Der ökologische Umbau der Wirtschaft kann nur und muss unter Mitwirkung der Gewerkschaften erfolgen, fordert der IGB: „Die Regierungen müssen einen Informationsaustausch und Dialog mit den Akteuren aus den Sektoren, die vom Klimawandel oder von den dagegen ergriffenen Maßnahmen betroffen sind, ins Leben rufen und institutionalisieren, damit im Vorfeld besser auf Auswirkungen reagiert und der Übergang besser begleitet werden kann.“ Und: „Der Dialog mit der Zivilgesellschaft muss die Gewerkschaften in den Entscheidungsfindungsprozess

mit einbeziehen, damit Anpassung an den Klimawandel und dessen Abmilderung Erfolg haben.“ Der IGB sieht auch den Arbeitsplatz als Handlungsfeld für Klimapolitik – und präsentiert einen breiten Forderungskatalog an demokratischen Mitbestimmungs- und Freiheitsrechten in den Betrieben:

- ArbeitnehmerInnen, BelegschaftsvertreterInnen und Gewerkschaften muss, wenn es um Umweltfragen am Arbeitsplatz geht, das Recht auf Mitwirkung bei Entscheidungsfindungsprozessen eingeräumt werden.

- Beschäftigte haben das Recht über Umweltgefährdungen im Arbeitsumfeld unterrichtet zu werden, sobald diese festgestellt werden. Zusätzlich: Recht auf Information über Emissionen am Arbeitsplatz, die Auswahl zur Verfügung stehender Technologien und über Vorhaben zur Energieeinsparung, -nutzung und -effizienz.

- Eine ArbeitnehmerIn darf nicht zur Verantwortung gezogen oder disziplinarisch bestraft werden, wenn sie Mißstände am Arbeitsplatz, die eine Gefahr für die Umwelt darstellen, meldet.

- ArbeitnehmerInnen muss das Recht auf Ablehnung gefährlicher Arbeiten zustehen, wenn sie ehrlicherweise annehmen, dass eine ernsthafte Bedrohung ihrer Gesundheit, der Gesundheit anderer, oder der Umwelt besteht.

Gewerkschaften, die sich also der Herausforderung des ökologischen Umbaus unseres Wirtschaftssystems stellen. Gewerkschaften, die die Dringlichkeit und Unumgänglichkeit dieses ökologischen Umbaus erkannt haben und diesen sogar offensiv einfordern, die Regierungen in die Pflicht nehmen. Gewerkschaften, welche die sozialen Risiken eines ökologischen Umbaus nicht ignorieren, allerdings gleichzeitig die enormen Chancen erkennen. Gewerkschaften, die ihre Verantwortung für Millionen organisierte ArbeitnehmerInnen wahrnehmen. Die den ökologischen Umbau aktiv mitgestalten wollen – mit den ArbeitnehmerInnen, für die ArbeitnehmerInnen. Dieser Umbau wird nicht konfliktfrei und ohne Probleme ablaufen, wenn Menschen ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen bedroht sehen. Der Umbau braucht daher flankierende, solidarische Maßnahmen, Übergangsregelungen etc. um soziale Härten zu vermeiden. Er ist allerdings unvermeidlich, soll dem Kli-

mawandel begegnet werden. „Der IGB-Vorstand hat im Juni 2007 eindringlich aufgerufen, den Kampf gegen den Klimawandel zur Priorität des internationalen Engagements der Gewerkschaften zu machen,“ verlautet es aus dem IGB. Wer meint, der IGB hätte angesichts der Weltwirtschaftskrise seine Positionen zum Klimaschutz revidiert, irrt. Nachfolgeresolutionen des IGB aus dem Jahr 2008 bestätigen einmal mehr die Positionen des IGB, der Klimawandel, Finanzmarktkrise und Teuerung bei Lebensmitteln und Energie als gleichwertige Herausforderungen für die internationale Gewerkschaftsbewegung nennt.

Österreich ist anders. Der ÖGB ist anders. Die AK ist anders. Immerhin findet sich inzwischen auch auf der ÖGB-Homepage ein Button „Umweltschutz und Beschäftigung verknüpfen“, unterstützt der ÖGB die Greenpeace-Initiative „1.000.000 Taten für den Klimaschutz“. Die Hauptsorge des ÖGB bleibt allerdings, dass Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes nicht zur Abwanderung von Unternehmen in Länder mit geringeren Sozial- und Umweltstandards führen dürfen. Das ist zu wenig und einmal mehr eine glatte Themenverfehlung. Auch der ÖGB wird nicht herumkommen, sich mit dem Unumgänglichen auseinandersetzen zu müssen – nämlich dem dringend gebotenen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Weil es schlichtweg so nicht weitergehen kann.

Die Wahrheit ist zumutbar. Der ÖGB wird nur entscheiden müssen, ob er wieder einmal einer der „Letzten von Gestern“ oder einer der „Ersten von Morgen“ sein will. Ob er aktiv mitgestaltet oder sich lieber weiter auf's Bremsen versteift, während andere längst gestalten. Und das, wie wir wissen, nicht immer zum Vorteil der ArbeitnehmerInnen ...

IGB-Erklärung: http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/k/klimakonferenz_bali_ergebnis_cop13.pdf

Mehr als 3000 KollegInnen unterschrieben
für mehr Gehalt und bessere Bedingungen.

KAMPAGNE IN DEN STÄDTISCHEN KINDERGÄRTEN

SENSATIONELLER AUFTAKT

Die Alternative berichtete darüber: Anfang Juni konstituierte sich auf Initiative der KIV ein überparteiliches und überfraktionelles Personenkomitee „Wiener Kindergärten“. Als ersten Schritt einer Kampagne „Für eine nachhaltige Besoldungsreform“ und „Für spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ wurde eine Unterschriftenaktion gestartet. Mit Bedenken. Wer würde sich trauen? Was wird die Leiterin dazu sagen? Wie reagiert die Abteilungsleitung? Haben die KollegInnen Konsequenzen zu befürchten?

Der Erfolg hat alle anfänglichen Zweifel beseitigt. Die Unterschriftenaktion wurde inzwischen abgeschlossen: 3258 KollegInnen aus 272 städti-

schen Kindergärten haben unterschrieben. Und damit ihrer Empörung über die schlechte Bezahlung, den akuten Personalmangel und den fehlenden Respekt und den Mangel an Anerkennung Ausdruck verliehen.

ÜBERGABE AN DEN STADTRAT

Begleitet von beträchtlichem Medieninteresse wurden die gesammelten Unterschriften am 28. September dem zuständigen Stadtrat, Christian Oxonitsch, übergeben. Wien Heute, die Radio Wien-Nachrichten, die Presse, die Kronen-Zeitung und das U-Bahn-Blatt berichteten. Einziger „Schönheitsfehler“: Durch die Bank machten die

Medien aus den PädagogInnen und AssistentInnen „Kindergärtner“. Was aber ganz und gar nicht der Realität in den Kindergärten entspricht.

Stadtrat Oxonitsch, freundlich wie immer, ließ sich aber auch auf Nachfragen der Medien zu keinen konkreten Äußerungen hinreißen. Es seien ohnedies schon Verhandlungen mit der Gewerkschaft im Gange, bei denen es um eine Veränderung der Gehaltskurve ging. Genau das bestreitet die Gewerkschaftsführung. Es gäbe keine Verhandlungen, im Sommer seien lediglich Kostenberechnungen mit der Verwaltung besprochen worden. Das waren zum Teil ganz absurde Berechnungen: das Niederösterreich-Schema als Maximalvariante, die Kosten für eine zusätzliche Vorbereitungsstunden oder die Kosten für eine Personalreserve – beides in einer Situation des akuten Personalmangels in den nächsten Jahren nicht realisierbar. Immerhin macht die FSG den Kindergarten – der ohnedies schon in aller Munde ist – Ende Oktober in einer Veranstaltungsreihe zum Thema. Dort soll dann über die Ergebnisse der „Berechnungen“ berichtet werden.

Die Probleme haben sich schon in den letzten Jahren zusammengebraut. Die an sich positive, aber überhastete und unvorbereitete Einführung des Gratiskindergartens brachte das Fass dann zum Überlaufen. Die Folgen: Burn out, Langzeitkrankstände und eine starke Abwanderung nach Niederösterreich, wo kürzlich ein neues Ge-

Begleitet von beträchtlichem Medieninteresse wurden die Unterschriften Ende September Stadtrat Christian Oxonitsch übergeben



haltsschema mit wesentlich höheren Anfangsbezügen eingeführt wurde, und die Arbeitsbedingungen – zumindest auf den ersten Blick – besser erschienen. Vor allem KollegInnen mit Wohnsitz in Niederösterreich nützten diese Chance.

DIE NEUEN AUSBILDUNGSMODELLE

Als Reaktion auf den Mangel an ausgebildeten KindergartenpädagogInnen startete Wien eine Reihe neuer Ausbildungsmodelle;

- „Change“ für InteressentInnen mit Matura,
- „Pick Up“ als Aufschulung für Kindergartenassistentinnen und für EinsteigerInnen, die zunächst die Studienberechtigung nachholen müssen,
- sowie ein Angebot für WiedereinsteigerInnen in den Beruf.

Diese Ausbildungsmodelle sind eine gute Sache und hinsichtlich der Qualifizierung der AssistentInnen eine langjährige Forderung der KIV. Sie werden allerdings erst in zwei, drei Jahren wirksam. Und das auch nur, wenn der Trend zur Abwanderung aus der MA 10 gestoppt werden kann. Mit Vertröstungen und leeren Versprechungen wird das nicht gelingen.

DAS BESOLDUNGSPROBLEM

Das Personal der Kindergärten leidet unter der obligaten schlechten Bezahlung eines traditionellen Frauenberufes. Immer häufiger ist auch unter SpitzengewerkschafterInnen die Rede von einem modernen Gehaltsschema. Was damit gemeint ist: höhere Anfangsbezüge und eine verflachte Gehaltskurve. Was daran so besonders „modern“ ist, bleibt unklar. Niederösterreich ist diesen Weg gegangen. Die Anfangsbezüge liegen bei 2000 Euro (um zirka 400 Euro mehr als in Wien. Der Endbezug liegt dann nach 45 Dienstjahren bei 2700 Euro. Erfahrungswissen und motivierende Gehaltsentwicklungen während der Berufslaufbahn bleiben dabei unberücksichtigt.

Am fatalsten sind dabei aber die Auswirkungen in der Pension. Vor allem, wenn man berücksichtigt, dass kaum eine Kindergärtnerin bis 65 Dienst machen kann, also auch noch Abschlüsse kassieren muss.



Martina Petzl-Bastecky und Irmgard Slovacsek waren bei ÖGB-Präsident Foglar zu Gast. Eineinhalb Stunden wechselseitige Information über die Probleme des Kindergartens.

Präsident Foglar: „Unsere Position ist klar, wir sehen den Kindergarten als wichtige Bildungsinstitution, aber das wird von der Bevölkerung nicht nahtlos so gesehen. Eine Besoldungsänderung muss aus Sicht der Stadt finanzierbar sein. Zum jetzigen Zeitpunkt treffen mehrere Faktoren aufeinander: einerseits die Finanzkrise und andererseits die Kosten des Gratiskindergartens. Beharrt man auf dem Senioritätsprinzip – was ich persönlich bisher immer abgelehnt habe – bleibt das Schema gleich und dann wird sich nichts ändern ...“

Die KIV verlangt daher seit langem bei der Stadt Wien die Angleichung an die SozialpädagogInnen, die bei annähernd identer Tätigkeit zwischen drei- und vierhundert Euro mehr verdienen. Ein zur Option gestelltes „modernes“ Schema bringt dem Mittelbau und den älteren KollegInnen genau gar nichts.

PÄDAGOGISCHE ASSISTENTINNEN

Das Berufsbild der Assistentin – früher Wärterin, später Helferin – hat sich gründlich verändert. Der forcierte Bildungsauftrag des Kindergartens und die umfangreichen individuellen und kollektiven Fördermaßnahmen bringen es mit sich, dass die Assistentinnen zunehmend bei der pädagogischen Arbeit in den Gruppen mitwirken müssen. Das erfordert einerseits zunehmende Qualifizierung und ist andererseits mit der Einreihung als ungelernete Hilfskraft nicht vereinbar. Die KIV schlägt daher vor, die Kindergartenassistentinnen in einer eigenen Verwendungsgruppe im KindergärtnerInnen-Schema zu integrieren und mit einem Prozentsatz – z.B. 75 Prozent – des neu zu ver-

handelnden Bezuges der PädagogInnen zu besolden. Erfahrungsgemäß wird das noch eine lange Diskussion ...

SOS KINDERGARTEN – AKTION AUFSCHREI

Wenn diese Ausgabe der Alternative zugestellt wird, hat bereits eine weitere öffentliche Aktion zum Thema Kindergarten stattgefunden: Am 17. Oktober gibt's in Wien eine – hoffentlich – große Bündnis-Demo. Es geht vom Museumsquartier zum Rathaus. Mit dabei neben der KIV: das Kollektiv Kindergartenaufstand, die Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen, Personenkomitee „Wiener Kindergärten“, IG work@social in der GPA-djp Wien, BetreuerInnenvertretung der Wiener Kindergruppen, Betriebsrat Wiener Kinder- und Jugendbetreuung. Mit Unterstützung der Betriebsratsinitiative F.U.G.E (Kinderfreunde), GRÜNE und GPA-djp-Jugend Wien. Wir werden darüber berichten.

Fotos: Irmgard Slovacsek



NÄCHTE

DA MÜSSEN WIR NOCH HIN ↘



NEU DIE LANGE NACHT DER BÜROKRATIE



GANZ NEU DIE LANGE, LANGE NACHT DER SOZIALDEMOKRATIE



Bundes-Personalvertretungswahlen 2009:

... UND WIR BEWEGEN SIE DOCH, DIE GÖD

Betriebsratswahlen der „Ausgliederten“ und AK-Wahlen sind vorbei, sie haben leichte Zugewinne für die UGÖD gebracht – Ende November wird die Personalvertretung gewählt.

Wir wollen nicht nur an den bereits „traditionellen“ Dienststellen und Ressorts kandidieren – wir wollen KollegInnen ermutigen und unterstützen, dass es im Herbst 2009 neue Kandidaturen gibt, parteiunabhängig, den KollegInnen verpflichtet und in klarer Abgrenzung vom jeweiligen Vorgesetzten bzw. Dienstgeber.

Einen Neuzugang können wir bereits vermelden: Im Bereich Landesverteidigung hat sich eine Liste GIB/UG konstituiert, Grüne im Bundesheer/Unabhängige GewerkschafterInnen.

„Solidarisieren – Kandidieren“: Unter dieses Motto haben wir UGÖD-lerInnen unseren Maiaufruf gestellt. Solidarität des ÖGB mit dem öffentlichen Dienst und Solidarität aller GÖD-Teilgewerkschaften mit den LehrerInnen hat im Arbeitskampf der LehrerInnen gegen eine 10 Prozent Arbeitszeiterhöhung zu einem beachtlichen Teilerfolg geführt: Die Bundesregierung musste das Unterrichtsbudget um 240 Millionen aufstocken, um eine Großdemo und die Ausweitung des Konfliktes auf andere Ressorts zu verhindern. Das im Gegenzug eingehandelte „LehrerInnenopfer“ von 180 Millionen (Zulagenstreichungen beziehungsweise Kürzungen, Verschlechterung bei den Überstunden u. a., aber auch eine positive Alterszeitregelung und ein Zeitkonto zum Ansparen von Überstunden für Sabbatical oder Frühpension) führte zum Verzicht auf die Arbeitszeiterhöhung, brachte aber empfindliche Einkommensverluste mit sich.

Für die Betriebsratsarbeit, Arbeiterkammervvertretung und Personalvertretung an den Dienststellen und in Zentralkommissionen oder Fachausschüssen gilt für die Unabhängigen GewerkschafterInnen, dass der solidarische Blick über den unmittelbaren Aufgabenbereich hinaus, dass solidarische Zusammenarbeit die konkrete Arbeit an der Dienststelle stärkt, Sinn stiftet und nicht – wie uns

„StandespolitikerInnen“ in der GÖD erklären wollen – unnötig Zeit kostet.




28. 10.: Einreichschluss für die WählerInnen-Listen!

„Yes, YOU can!“

die Chance währt aber nicht lange“

Am 25./26. November 2009 gibt es wieder Personalvertretungswahlen im Öffentlichen Dienst. Du hast die Möglichkeit zu kandidieren. Wie, das können wir (UGÖD) Dir sagen.

Warum, das erfährst Du gleich hier:

- Du willst deine Ideen für Veränderungen einbringen.
- Du bist für den Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten.
- Du willst durch deinen Beitrag solidarisches Zusammenleben ermöglichen.
- Dich reizt und beflügelt das Abenteuer einer neuen Aufgabe.

Eines versprechen wir Dir:

Du sammelst viele neue Erkenntnisse und lernst etliches dazu. Unter anderem die Erfahrung von Solidarität, und du kannst für eine solidarische Gesellschaft kämpfen.

Interesse? Bist du ein/e KandidatIn ..., ruf uns an – wir freuen uns:

Thomas Vanorek	(0664) 80 01 63 63 11	thomas.vanorek@meduniwien.ac.at
Gary Fuchsbauer	(0680) 212 43 58	fuchsbauer@oeli-ug.at (alle Schulbereiche)
Reinhart Sellner	(01) 407 09 85	sellner@oeli-ug.at (UGÖD-Vorsitzender)
Dieter Kaltenbeck	(0664) 370 93 93	dieter.kaltenbeck@ugod.info (Steiermark)

www.ug-oegb.at/ugod

Liebe KollegInnen, bitte den Text kopieren / weitergeben / plakatieren



VORGRIF F AUF DIREKTORALE ALLMACHT?

A Is MandatarInnen der parteiunabhängigen Fraktion ÖLI/UG inmitten parteigesteuerter FunktionärInnen tätig zu sein, ist manchmal eine Herausforderung der besonderen Art – und wir stellen uns der Aufgabe tatkräftig.

Unlustig wird die Auseinandersetzung aber, wenn eine Direktorin versucht, das Personalvertretungsgesetz (PVG) außer Kraft zu setzen oder ihrer eigenen Lesart beziehungsweise Interpretation zu unterziehen. Geradezu aberwitzig wird jegliche Auseinandersetzung, wenn dieselbe Direktorin ihren Karrieresprung einer fcg/ÖPU geprägten Personalvertretungs- und GÖD-Tätigkeit und daraus resultierenden Bewertungspunkten und Parteiunterstützung verdankt, nun aber unverfroren versucht, die Rechte einer Personalvertreterin zu beschneiden.

Gerade die Zeit vor den Personalvertretungswahlen wäre die Gelegenheit, einer ÖLI/UG-Mandatarin die gemäß § 25 Abs. 4 PVG zustehende freie Zeit zu verwehren, frei nach ihrer Auffassung: Andere bräuchten auch keine extra Zeit für wahlvorbereitende Arbeiten. Kann ja sein, dass sie damit ausnahmsweise Recht hat, denn diese KollegInnen haben ohnedies eine (beinahe) gänzliche Freistellung auf Grund ihrer Funktionen für die Mehrheitsfrak-

Nicht mit uns. Über den Versuch einer Direktorin, die Personalvertretungsrechte zu beschneiden.

Von Ingrid Kalchmair.

tion: „Mehr als ganz“ geht eben nicht nach Adam Riese.

Unglaublich aber wahr ist ihr Ansinnen, eine Auflistung und Terminisierung der Personalvertretungs-Tätigkeiten einzufordern, auf Grund derer sie über eine Dienstfreistellung entscheiden wolle (die PVG-gemäß ohnedies geregelt ist). Aber eigentlich wolle sie ja gar nicht selbst entscheiden – soll ihr doch der Landesschulrat für Oberösterreich sagen, was sie tun solle. Ein wahrlich trauriges Schauspiel!

Wenn man da nun das Vorhaben von Ministerin Schmied, SchulleiterInnen mit immer mehr Machtbefugnis auszustatten, konsequent weiterdenkt, schaut's gar nicht gut aus für all jene, die sich selbst und ihrer Überzeugung treu bleiben und sich nicht andienen. „DirektorInnen auf Zeit gewählt“ könnte den Wildwuchs an LobbyistInnen eindämmen und die Bestellung von LeiterInnen mit Entscheidungsdefiziten wäre korrigierbar.

Eine starke und unabhängige Personalvertretung auf Schul-, Landes- und Bundesebene ist ein Korrektiv zu parteibesetzten Funktionen. Erneut nehmen wir von der ÖLI/UG die Herausforderung an.

Ingrid Kalchmair ist stellvertretende Vorsitzende der ÖLI/UG.

Am 25., 26. November 2009 werden für fünf Jahre die Personalvertretungen der LehrerInnen auf Schul-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene gewählt. In einigen Bereichen auch die Gremien der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Gerade die nächsten fünf Jahre werden nach dem Willen der Regierung viele Veränderungen bringen, zum Beispiel neues Dienstrecht für alle LehrerInnen, neue Mittelschule, neue (Zentral-)Matura, neue Hierarchien.

Wer sich nicht von Parteilisten vertreten lassen und unabhängig kandidieren will, die/den unterstützen wir gerne!



Schulreform jetzt – Her mit der Bildungsmilliarde

Die ÖLI/UG fordert von der SPÖ-ÖVP-Regierung klare Aussagen und die Durchführung einer auf soziale Integration und individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen ausgerichteten Schulreform. Die rasche Aufstockung des Bildungsbudgets ist dafür eine unabdingbare Voraussetzung. Bankenpakete und Ausfallhaftungen für die Industrie in Milliardenhöhe wurden bisher beschlossen, während die Bildungsmilliarde noch nicht einmal versprochen wird.

Über 70 LehrerInnen der Pflichtschulen, Berufsschulen, AHS und BMHS aus ganz Österreich diskutierten im Bildungshaus Zeilern den von unzureichend budgetierten Ankündigungen der Ministerin und Verhinderungsparolen ÖVP-naher GewerkschaftsfunktionärInnen geprägten Ist-Zustand der österreichischen Schule.

Gegen den Stillstand und für eine weltoffene, menschenfreundliche Schule wollen die parteiunabhängigen LehrerInnen der ÖLI/UG mobilisieren. Verwaltungsreform, Dienstrecht, LehrerInnenausbildung (Masterstudien für alle LehrerInnen!), Gesamtschule, ... sollen nicht länger für parteipolitische Grabenkämpfe und ideologische Streiterei herhalten müssen. Die Personalvertretung und die Gewerkschaften der LehrerInnen sind aufgerufen, trotz Personalvertretungswahlkampf sachorientiert mitzugestalten – losgelöst von standespolitischem Gegeneinander einzelner LehrerInnengruppen. Die LehrerInnen der ÖLI/UG werden das auch weiterhin nach Kräften tun.

- Die Lernbedingungen von SchülerInnen und die Arbeitsbedingungen von LehrerInnen an den Schulen sind ab sofort zu verbessern!

- Statt Fehlerzählen und sozialer Auslese: Förderung und gemeinsame Lernprozesse!

- SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, IntegrationsexpertInnen, Gesundheitspersonal und FreizeitpädagogInnen zur Unterstützung der LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen an jede Schule!

Die ÖLI/UG will „die Integrationspolitik nicht dem Innenministerium überlassen“ (Ministerin Schmied im Bürgerforum am 23. September 2009).

Her mit dem Konjunkturpaket Bildung, Soziales, Gesundheit und Öffentlicher Dienst

- für einen menschenfreundlichen und menschenwürdigen Arbeitsplatz Schule (so wie es ist, soll es nicht bleiben)!
- für die Universitätsausbildung (Master) und L1-Bezahlung aller LehrerInnen!
- für eine Verwaltungsreform, die Mehrgleisigkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene abbaut und die LehrerInnen von administrativen Tätigkeiten entlastet
- für eine demokratische Dienstrechtsreform und ein gemeinsames BundeslehrerInnendienstrecht, das der LehrerInnenarbeit von heute entspricht (LehrerInnenarbeit, die mehr ist als nur Unterricht)
- für Stärkung der Mitspracherechte der Personalvertretung an den Schulen gegenüber (künftig autonomen?) SchulleiterInnen
- für die Anhebung der Anfangsbezüge für JunglehrerInnen und leistungsgerechte Bezahlung aller LehrerInnen ohne Arbeitszeiterhöhung
- für kleine Klassen und ganztägige Schulformen
- für die Anstellung von SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, Gesundheits- und Krankenpflegepersonal und FreizeitpädagogInnen zur Entlastung und Unterstützung der LehrerInnen
- für eine Schule, in der individuelles und gemeinsames Lernen ohne Angst gelingen kann
- für die Bereitstellung der erforderlichen Budgetmittel durch die Bundesregierung – Vermögens- und Spekulationssteuern anheben!

Keine Angst vor Reformen: Parteibuch-Politik und ÖVP-SPÖ-Parteihack ausbremsen – ÖLI/UG wählen





ÖGB:

NEBENSACHE FRAU

Wenns nicht so traurig wär, dann wärs ja direkt lustig: Beim Kongress des Österreichischen Gewerkschaftsbundes im vergangenen Juli hatte ich mich in meiner Wortmeldung darüber beschwert, dass beim neu errichteten ÖGB-Haus künftig der Platz beim Haupteingang nach einem Mann (Johann Böhm) und der beim Nebeneingang nach einer Frau (Wilhelmine Moik) – beides wohlverdiente ÖGB-VorkämpferInnen – benannt werden soll und gefordert, dass der ÖGB als sichtbares Zeichen für Gleichberechtigung eine umgekehrte Benennung vornimmt. Nun weiss ich schon: die Strassenbenennung macht nicht der ÖGB,

sondern sie wird in der Bezirksvertretung beschlossen. Aber da behaupte einer ruhigen Gewissens, der ÖGB hätte da nix mitzureden ...

In der Replik wurde ich vom Leitenden Sekretär Clemens Schneider darauf hingewiesen, dass es nicht „Haupt-“ und „Nebeneingang“ geben würde, sondern nur Ost und West.

Nunmehr erreicht mich eine E-Mail mit dem Hinweis auf die künftige ÖGB-Adresse. Wörtlich heisst es darin: „Hauptadresse: Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien; Hauptadresse = Postanschrift für sämtlichen Schriftverkehr, Broschüren, Einladungen ...“

Aber spurlos ist offensichtlich meine Kritik nicht an den Gewerkschafts-Granden vorübergegangen: Zum „Ausgleich“, wie es offiziell bei der Präsentation des entsprechenden Beschlussvorschlages im ÖGB-Vorstand hiess, werden nun alle Sitzungs- und Tagungsräume im ÖGB-Haus nach weiblichen Gewerkschafterinnen benannt. Womit wieder alles seine Ordnung hätte: die Männer im öffentlichen Raum, die Frauen im Haus ...



KLAUDIA PAIHA
IST BUNDESSPRECHERIN
DER AUGE/UG UND
MITGLIED DES
KOORDINATIONS-
AUSSCHUSSES DER UG.

„Equal Pay Day“ – ohne Konsequenzen?

Wie alle Jahre davor, wird einhellig bedauert, dass der sogenannte „Equal-Pay-Day“ bereits im jährlichen September erreicht ist. Statistisch arbeiten ab dem 27. September Frauen – im Verhältnis zum Männer-Einkommen – in ihrer Erwerbsarbeit gratis weiter bis zum Schluss des Jahres. Errechnet aus dem österreichischen Männer-Durchschnittseinkommen von 39.435 Euro und Frauen-Durchschnittseinkommen (rund 10.000 weniger) – nämlich nur 29.033 Euro.



Falls aufgrund der Krisen(gerede) situation die Gewerkschaften auf den Gedanken verfallen sollten, ihre Lohnforderungen zurückzuschrauben, wird das auch die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern nicht aufheben. Negative Beispiele von linearen Lohnkürzungen machen bereits die Runde ... Diese treffen die eh schon weniger verdienenden Frauen besonders hart, die oft als Allein-Erziehende und Zahlende besonders unter jedem Euro leiden, der wegfällt – oder nicht dazu kommt.

Der heiße Herbst, den die Gewerkschafts-Frauen versprechen, wird zeigen, wohin wieder einmal (nicht) verteilt wird ...

Wie wäre es wieder mit der Diskussion, in Lohn/Gehaltsrunden die Fraueneinkommen solange höher auszuverhandeln bis ein gerechter Gleichstand erreicht ist? Irgendwie muss ja mal ein Anfang gemacht werden!

Ilse Löwe-Vogl, AUGE/UG, Steiermark

WAS WIRKLICH KRANK MACHT

Die Krankenstände sind ja wirklich hoch bei der Österreichischen Bundesbahnen und da musste etwas getan werden, natürlich kein Datenmissbrauch, aber immerhin ... und die durchschnittliche Krankenstandsdauer ist ja zurückgegangen, nach diesen Massnahmen bei der Bundesbahn.

Wirklich? Zu allen diesen Berechnungen kann mensch nur sagen, sie sind menschenverachtend, unwürdig und schlicht falsch. Kranke Menschen brauchen Unterstützung und Hilfe und keine Statistiken, die sie ganz sicher nicht gesünder machen. Aber es ist viel einfacher, Statistiken anzulegen, Krankenstandsrückkehrgespräche zu führen oder sonst wie Druck auszuüben. Die Botschaft? Wenn du weiter so krank bist, wirst du etwas verlieren: deinen Job, Leistungszulagen, Aussicht auf Karriere, etc.

Ein Betrieb, der auf sich hält, wird versuchen zu ergründen, weshalb die Menschen gerade in seinem Bereich so oft krank sind? Da können fehlende Motivation, mangelnde Führung, ein Klima von Misstrauen und Überwa-

Es war ja irgendwie zu erwarten. Der Datenmissbrauch bei der ÖBB: MitarbeiterInnen mussten Krankheiten und ärztliche Befunde bekannt geben – findet auch Befürworter.
Von Gerhard Winter.

chung viel mehr Schaden anrichten, als Datenerhebungen und Druck auf MitarbeiterInnen wieder ins statistische Lot bringen könnten.

Die Gemeinde Wien hat auch ihre eigenen Vorstellungen, wie mit kranken Menschen umzugehen ist. Krankenstandsrückkehrgespräche gibt es auch da und Statistiken sowieso. Auch Niederschriften, in denen die Menschen auf einen etwaigen Arbeitsplatzverlust hingewiesen werden, wenn sie weiter krank sein sollten, sind nicht unüblich, oder der Verlust der Leistungszulage. Überstellungen werden gehemmt, Pragmatisierungen werden hinausgezögert oder abgelehnt (es gibt ja keinen Rechtsanspruch darauf), Beamte können – gleichgültig ob sie weiter arbeiten wollten – wegen langer Krankheit pensioniert werden, auch wenn das mit dem Verlust des sozialen Umfelds einhergeht (das wird sich extrem günstig auf die weitere Gesundheit auswirken).

Nach wie vor werden Menschen nach ihren Krankheiten gefragt und viele ge-

ben dem Druck nach, nach wie vor wird die Krankenstandsdauer statistisch bis zum Sonntag ausgedehnt, obwohl das Ende des Krankenstandes mit Freitag angegeben war. Die wenigsten wissen, dass das auch rechtlich falsch ist (Erlass MD-1042-2/98, I Punkt 3: Die Eintragung von krankheitsbedingten Abwesenheiten hat sich grundsätzlich nach der in der ärztlichen Bescheinigung angegebenen Dauer des Krankenstandes zu richten. Im Falle des Nichtvorliegens einer Krankenstandsbestätigung oder bei Vorliegen einer hinsichtlich der Dauer nicht eindeutigen Krankenstandsbestätigung ist die Dienststelle verpflichtet, unmittelbar nach Wiederantritt des Dienstes im Rahmen eines Gespräches mit der betreffenden Mitarbeiterin die tatsächliche Dauer der Dienstunfähigkeit (auch für dienstfreie Tage) festzustellen und diese danach in die Dienstabwesenheitsevidenz einzutragen. Der Inhalt des Gespräches ist schriftlich zu dokumentieren.)

Alle Praktiken zeigen folgendes: Datenanhäufung und -verknüpfung schafft vielleicht eine zweifelhafte Schönung der Statistik, gesündere MitarbeiterInnen oder ein besseres Betriebsklima mit Sicherheit nicht. Und alle Programme (z.B. VIPER oder SES), die mehr und mehr einen gläsernen Menschen hervorbringen, die Möglichen und Unmöglichen miteinander verknüpfen, bieten die Voraussetzung für ausufernden Datengebrauch und leider auch -missbrauch.



KIV
KONFEDERATION
IM
VERBAND
DER
ARBEITENDE
ÖSTERREICH

GERHARD WINTER
IST PERSONALVERTRETER
DER KIV IM
WIENER MARKTAMT.

Deutschland

SCHRÖDERS ERBE

Fast alle Parteien sind zufrieden mit dem Wahlergebnis, die Sozialdemokratische Partei aber starrt in den Abgrund. Jetzt muss die ausserparlamentarische Opposition zeigen, was in ihr steckt.

Am schnellsten reagierten die AtomkraftgegnerInnen. Nur Stunden nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses verschickte die Umweltgruppe Campact einen Aufruf. Die neue schwarz-gelbe Regierung müsse am Atomausstieg festhalten und die ältesten Meiler sofort stilllegen, heisst es in dem offenen Brief, den Zehntausende innerhalb eines Tages unterschrieben. Ausserdem dürfe nicht an der Förderung der erneuerbaren Energien gerüttelt werden.

Wie berechtigt die Sorge der Atomkraftwerk-GegnerInnen ist, zeigten die Kursprünge der Frankfurter Börse am Tag nach der Wahl: Vor allem die Werte der Energieriesen „Eon“ und „RWE“ legten zu. Die AnlegerInnen spekulieren auf ein Ende des 2002 vereinbarten Atomkompromisses, der die Laufzeiten bestehender Kraftwerke befristet.

Nicht nur die AKW-Bewegung wird nach dem Wahlerfolg der marktradikalen FDP und der Unionsparteien wieder in die Gänge kommen müssen. Denn auch die Lobbyverbände der Wirtschaft haben ihrer neuen Regierung den Tarif durchgegeben. Nun seien „mutige Reformen“ angesagt, verkündeten die Vorsitzenden gleich mehrerer Unternehmensverbände schon am Montag: Abschied von „lieb gewonnenen Staatsausgaben“ im Sozialbereich, weitere Flexibilisierungen des Arbeitsmarkts, Aufweichung des Kündigungsschutzes, nochmalige Reduzierung der Einkommens- und Unternehmenssteuern. Um auch den politischen Druck zu erhöhen, werden die Firmen und Konzerne zu Massnahmen greifen, die sie in Absprache mit der alten Regierung auf die Zeit nach der Wahl verschoben haben: Massenentlassungen im grossen Stil. Aber können die Organisationen der sozialen Opposition, insbesondere die Gewerkschaften, einen ernst zu nehmenden Widerstand mobilisie-

ren? Allzu lange haben sich die Gewerkschaften auf eine Partei verlassen, die jetzt abgestürzt ist wie keine Partei – und schon gar keine Regierungspartei – seit der Gründung der Bundesrepublik. Und die damit die Quittung bekam für eine Politik, die konsequent den Interessen ihrer StammwählerInnen zuwiderlief.

Die Gründe für den Fall der SPD (minus elf Prozentpunkte) liegen ebenso auf der Hand wie die für den Wahltriumph der FDP. Während die Liberalen vom Zulauf jener Wohlhabenden profitierten, die dem sozialdemokratisierten Gehabe der CDU-Kanzlerin Angela Merkel nicht mehr trauten und die sich noch mehr Umverteilungsgewinne erhoffen, wandten sich Millionen von einer SPD ab, die in den letzten elf Jahren vor allem Sozialabbau betrieb. Hartz IV, die massenhafte Durchsetzung von Billiglöhnen, die Anhebung des Rentenalters auf 67, die Kriegseinsätze in Jugoslawien und Afghanistan – angesichts dieses Leistungsausweises blieben knapp zwei Millionen bisherige SPD-WählerInnen lieber zu Hause. Und über eine Million wechselte zur radikal-sozialdemokratischen Linkspartei, die sich mit knapp zwölf Prozent aller Stimmen endgültig etabliert hat. Die grüne Mittelstandspartei hat zwar auch einen so hohen Stimmenanteil bekommen wie nie zuvor, verliert aber zunehmend an Profil.

Schafft die SPD die Wende? Oder marschiert sie weiter in Richtung Kleinpartei? Das wird sich wohl erst am Parteitag im November zeigen. Die Traditionsparterie hat nicht nur ein programmatisches Problem, sie hat auch ein personales: Anders als etwa die Schweizer SP verfügt sie über keinen starken linken Flügel mehr. Alle namhaften KritikerInnen des neoliberalen „Modernisierungskurses“, den der frühere SPD-Kanzler Gerhard Schröder durchsetzte, politisieren mittlerweile bei der Links-

parterie. Der bevorstehende Kurswechsel hin zu ihren sozialdemokratischen Wurzeln wird der Partei nicht leicht fallen: Wie grenzt man sich von der Linken ab, wie geht man auf sie zu? Aber der Wechsel wird kommen. Der Aufstand gegen die Parteispitze hat bereits begonnen. Spätestens in ein, zwei Jahren fällt das Tabu einer bundesweiten Kooperation der SPD mit der Linken.

Eines aber ist heute schon gewiss: Das rechtssozialdemokratische Projekt des Dritten Wegs, des Wegs in die Mitte, ist gescheitert. Vom einst umjubelten Strategiepapier der damaligen Hoffnungsträger Tony Blair und Gerhard Schröder will nicht nur in der SPD niemand mehr etwas wissen. Auch in

Britannien, wo diese Woche die Labour-Partei tagt, sind die Hoffnungen geplatzt. Dort könnte New Labour ein ähnliches Desaster blühen wie der SPD bei der Bundestagswahl und der SPÖ bei den Landtagswahlen in Vorarlberg und Oberösterreich.

Für die deutsche Linke ist das absehbare rot-rote Oppositionsbündnis nicht ohne Risiko. Oskar Lafontaines Vision von einer Vereinigung aller linken Parteien mag zwar machtpolitisch ihre Berechtigung haben, aber erreichbar ist sie nur um den Preis einer Konzentration der Politik auf der institutionellen Ebene. Ein Zusammenschluss oben mit all seinen autoritären Begleiterscheinungen würde den Spielraum und den Einfluss der Bewegungen unten begrenzen. Er würde der Linkspartei das entziehen, was sie in den letzten Jahren so stark hat werden lassen: die Diversität der politischen Ansätze und Meinungen. Welche Auswirkungen es hat, wenn eine Partei ihr ausserparlamentarisches Standbein verliert, zeigt das Beispiel der deutschen Grünen: Die wissen nicht mehr, wohin sie wollen.

Von Pit Wuhler, Konstanz. Quelle: WOZ vom 1. Oktober 2009.



Das Interkulturelle Beratungs- und Therapiezentrum ZEBRA feiert heuer sein 22-jähriges Jubiläum. Im Zentrum der Feierlichkeiten steht eine außergewöhnliche Kunstaktion. *Von Christoph Kicker.*

ZWEIUNDZWANZIG



Begonnen hat alles vor 22 Jahren, als ZEBRA im Zentrum der Öffentlichkeit stand, weil in Graz ein menschenrechtlicher Skandal aufgedeckt wurde. Im Grazer Polizeigefangenenhaus saßen zwei Mütter aus dem Iran mit insgesamt sieben Kindern in Schubhaft, das jüngste davon war vier Jahre alt, und sollten in ihre kriegsführende Heimat (Iran-Irak-Krieg) zurückgeschoben werden. ZEBRA gelang es, mit Hilfe von Öffentlichkeit, Politik und anderen Netzwerken, sie kurz vor ihrer Abschiebung aus der Schubhaft zu befreien. Heute sind sie integrierte StaatsbürgerInnen.

Viele solcher Fälle und Ereignisse sollten folgen und tausende Flüchtlinge und AsylwerberInnen aus Krisengebieten aus aller Welt wurden in der Folge von ZEBRA rechtlich, sozial und therapeutisch begleitet.

Kingsley Gunasekera ist einer von ihnen. Im Jahr 1991 kam der Mann aus Sri Lanka nach Graz, nachdem seine Eltern und seine beiden Geschwister brutal ermordet wurden. Die tödliche Mischung aus Mordanschlägen, Folter und Erpressungen seitens der radikal-terroristischen Separatistenbewegung LTTE, staatlicher Repression und einem aggressiven Vorgehen der Sri Lankischen Armee zwangen ihn zur Flucht. In Graz wurde er von ZEBRA viele Jahre lang begleitet und auch therapeutisch betreut. Er weiß bis heute nicht, wer seine Familienmitglieder ermordet hat.

Kingsley ist einer von zehn MigrantInnen, die sich an einem außergewöhn-

lichen Kunstprojekt beteiligen. Zehn bildende Künstler und Künstlerinnen stellen im Jahr 2009 für ZEBRA ein Werk her – stellvertretend für die tausenden Menschen, mit denen der Verein in den vergangenen 22 Jahren arbeiten durfte.

Das Besondere an der Aktion: Sie treffen auf renommierte steirische Künstlerinnen und Künstler, mit denen sie gemeinsam an der Erstellung ihrer Werke arbeiten. Diese Begegnungen, diese „Lebensgeschichten“ selbst werden so zu einem Teil des Kunstprojekts, indem sie den Prozess der Annäherung und das gemeinsame Handeln verschiedener Kulturen thematisieren.

Die „ZEBRA-Lebensgeschichte“ wurde ebenso von derartigen Begegnungen geprägt. Die bei ZEBRA arbeitenden und engagierten Menschen sind nachhaltig beeinflusst worden, auch die Organisation hat sich weiterentwickelt und verändert.

Schließlich wird mit dem Projekt neben der biografischen Arbeit auch der politische Rahmen miterzählt: 22 Jahre Migrations- und Asylpolitik in Österreich. Verschiedene Flüchtlingsbewegungen nach Österreich spiegeln sich alle auch in der Arbeit ZEBRAS wider.

Begleitet und kuratiert wird die Kunstaktion vom Grazer Kunstverein <rotor> und Martin Behr (G.R.A.M.). Als Abschluss und zugleich Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten findet am 27. November 2009 eine Galaveranstaltung im Heimatsaal statt (siehe nächste Seite), bei der unter anderem die „Kunstbox 22 Jahre ZEBRA“, bestehend aus jeweils zehn Werken der zehn KünstlerInnen, in limitierter Auflage zum Verkauf angeboten wird. Daneben

werden die Begegnungen auch filmisch dokumentiert. Der Film „... Begegnungen, oder der stille Schrei ...“, produziert von der Art-Media unter der künstlerischen Leitung von Renate und Andreas Meschuh wird in einer Preview bei der Galaveranstaltung am 27. November 2009 vorgestellt.

Die Einhaltung der Menschenrechte im Zuge der österreichischen Asylpolitik ist auch heute noch kein selbstverständliches Gut. Im Gegenteil: Sie ständig verschärfende Asylbestimmungen seit Jahren, offen geführte rassistische Wahlkämpfe oder die politische und mediale Gleichsetzung von Asyl mit Begriffen wie „Missbrauch“ oder „Kriminalität“ machen die Arbeit von ZEBRA und anderen NGOs heute wichtiger denn je.

In der öffentlichen Debatte wird der Blick nur allzu gern auf Migrationsstatistiken gelenkt. Zahlen kennen keine Schicksale. Dabei hat jeder einzelne Mensch eine Geschichte zu erzählen, so wie Kingsley und die Anderen. Ihnen zuzuhören und ihre Kunstwerke zu bestaunen, verspricht eine ganz eigene Art der „Begegnung“.

Übrigens: Kingsley betreibt seit dem Sommer 2006 sein eigenes Lokal in der Volksgartenstraße. Er ist endgültig in seiner neuen Heimat angekommen.

www.zebra.or.at

CHRISTOPH KICKER

IST REDAKTEUR BEIM „ZEBRATL“,
DEM ZEBRA-FACHMAGAZIN.



Zukunft Migration: der Plan, die Umsetzung

In diesem Symposium wird ein Blick in die Zukunft von Zuwanderung und Integration geworfen und nach konkreten und zukunftsweisenden Konzepten gesucht, die sich ohne Polemik mit diesem so wichtigen Thema auseinandersetzen.

Kernpunkt der Veranstaltung bildet das Positionspapier der Industriellenvereinigung „Gemeinsame Lebensräume schaffen – Die Zukunft von Migration und Integration“ welche von Frau Mag.^a Spinka von der Industriellenvereinigung präsentiert und diskutiert wird.

Als zweiter Referent wird Dr. Perchinig von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Zentrum für europäische Integration, den „Migrant Integration Policy Index“ vorstellen. In drei Powerworkshops wird die alltägliche Umsetzbarkeit von Migration und Arbeitsmarkt in Österreich behandelt. Abschließend gibt es noch eine Podiumsdiskussion.

Datum: 4. November 2009, 15–19 Uhr

Ort: TPA Krone Center Graz

Galaveranstaltung

- Eröffnung und Rückblick auf 22 Jahre ZEBRA.
- Präsentation der Filmdoku „... begegnungen, oder der stille Schrei ...“ von Art Media
- Verkauf der „Kunstbox 22 Jahre ZEBRA“

Datum: 27. November 2009, 17–19 Uhr

Ort: Heimatsaal, Paulustorgasse 13a, 8020 Graz.

Vernissage

Lebensgeschichte(n): 10 KünstlerInnen – 10 ZEBRA-KlientInnen – 22 Jahre Migrations- und Asylpolitik in Österreich. Ausstellungseröffnung der 10 Hauptwerke mit anschließendem Buffet.

Datum: 27. November 2009, 21 Uhr

Ort: <rotor>, Volksgartenstraße 6a, 8020 Graz.

RECHTSSTAAT ÖSTERREICH?

Diese wurden 2008 nach Actionfilm-gerechten Hausdurchsuchungen mit fadenscheinigen Begründungen für über 3 Monate in Untersuchungshaft festgehalten. Vorangegangen ist der Polizeiaktion eine über zweijähriger Bespitzelung mit vier großen Lauschangriffen, Peilsenderanbringungen an PKWs, verdeckten Ermittlungen, etc. Begründung ist der Vorwurf der Bildung einer kriminellen Organisation gemäß dem „Mafia-Paragraphen“ § 278a Strafgesetzbuch (StGB). Polizei und Staatsanwaltschaft können jedoch keinen einzigen konkreten Tatvorwurf vorbringen. Vollkommen willkürlich wird eine kriminelle Organisation konstruiert, die für sämtliche unaufgeklärte Straftaten der letzten Jahre verantwortlich gemacht wird.

Laut Printmedien sind durch Aktionen von TierrechtlerInnen Schäden im Ausmass von rund 2 Millionen Euro entstanden. Könnte es sein, dass es dabei v.a. auch um Schäden infolge negativer Publicity durch diese Aktionen und damit die Behinderung des freien Warenverkehrs geht? Und sich dadurch gleichzeitig eine gute Möglichkeit ergibt, (aktive und potentielle) KritikerInnen der herrschenden Verhältnisse einzuschüchtern und zu kriminalisieren, sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiter auszuhöhlen? In die gleiche Richtung weisen die Versuche, die Handlungsmöglichkeiten politischer AktivistInnen einzuschränken: sei es durch die Privatisierung des öffentlichen (Plakatflächen)Raums, wodurch in Wien plakatieren abseits der offiziellen kostenpflichtigen Flächen mit Anzeigen und Geldstrafen geahndet wird – verantwortlich ist dabei die

In einem halben Jahr wird voraussichtlich der erste Prozess gegen einige TierrechtsaktivistInnen über die Bühne gehen. Von Renate Vodnek.

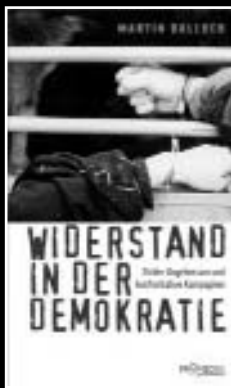
im Impressum aufscheinende Organisation, wodurch bei jedem aufgeklebten Plakat die „Schuldigen“ sofort zur Verantwortung gezogen werden können. Oder durch die aktuellen EuGH-Urteile, wonach gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen die vier Grundfreiheiten (Warenverkehr, Dienstleistungs-, Personenverkehr, Kapital- und Zahlungsverkehr) nicht behindern dürfen und Kampfmaßnahmen in so einem Fall nicht zulässig seien. Die §§ 278 (Kriminelle Vereinigung), 278a (Kriminelle Organisation) sowie 278b (Terroristische Vereinigung) sind in dem Zusammenhang das Tüpfelchen auf dem

I, um politischen Aktivismus und Kritik an den Herrschenden zu verhindern und ins terroristische Eck zu stellen. Wer entscheidet, was eine „unternehmensähnliche Verbindung einer größeren Zahl von Personen“ ist oder welche „Handlungen, das Vermögen bedrohen, schwere Sachbeschädigung oder Nötigung darstellen“ und „dadurch erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft“ anstreben? (§ 278) Strebt nicht jede politische Organisation einen Einfluss auf Politik bzw. Wirtschaft an? Gehört ein auf der Erde liegendes verteiltes Flugblatt bereits in die Kategorie „Sachbeschädigung“?

In Zukunft könnte also ein Streik für bessere Arbeitsbedingungen nicht nur als nicht zulässig erklärt werden, sondern die Streikenden als TerroristInnen verhaftet werden. Mit diesem Vorgehen sollen unangenehme politische AktivistInnen kriminalisiert werden. Betroffen sind derzeit AktivistInnen der Tierrechtsbewegung, aber treffen kann es jede von uns – gemeint sind wir alle.



RENATE VODNEK
IST PSYCHOLOGIN
UND GEWERKSCHAFTS-
AKTIVISTIN.



MARTIN BALLUCH
WIDERSTAND IN DER DEMOKRATIE
ISBN 978-3-85371-304-4,
160 SEITEN, 9,90 EURO.

Außerparlamentarische Protestformen gehören zum Wesen einer lebendigen Demokratie. Blockaden, Dauerdemonstrationen, Besetzungen und Boykottaufrufe bauen einen politischen Druck auf, der gar nicht so selten dazu führt, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse als Ganzes ändern. Von den Protesten der Schwarzen gegen die Rassengesetze in den USA unter Anleitung des späteren Friedensnobelpreisträgers Martin Luther King über Frauen- und Friedensbewegungen bis zu den Umweltschutzgruppen können die vergangenen fünfzig

Jahre als die Blütezeit der außerparlamentarischen Aktionsformen bezeichnet werden. Seit kurzem versuchen staatliche Organe allerdings, diese Formen des Widerstandes zu kriminalisieren.

Gesetzliche Paragraphen ermöglichen es, politische Kampagnen als „Bildung einer kriminellen Organisation“ unter Strafe zu stellen. Im vorliegenden Buch skizziert Martin Balluch Beweggründe und Aktionsformen zivilen Ungehorsams im Rahmen konfrontativer Kampagnen. Es handelt vom Widerstand in der Demokratie gegen ein gesellschaftliches System, das in vielerlei Aspekten dem Gemeinwohl und der Lebensqualität des Einzelnen abträglich ist. Zentral diskutiert der Autor dabei die Frage nach der demokratiepolitischen Legitimität verschiedener Aktionsformen im Rahmen von konfrontativen Kampagnen und setzt sich mit dem Für und Wider von dafür notwendigen Rechtsüberschreitungen auseinander.



Interview mit Martin Balluch

Seit 2008 hat die österreichische Tierschutzbewegung die zunehmende staatliche Repression schmerzlich zu spüren bekommen. Einer der Betroffenen ist Martin Balluch, Vorsitzendem des Vereins gegen Tierfabriken (VGT). Wir wollten von ihm wissen, was die Hintergründe der Repressionen sind.

Demnächst sollen einige Prozesse stattfinden, sind die genauen Anklagepunkte schon bekannt?

Martin Balluch: Gegen zwei VGT-Mitarbeiter und mich wird nur § 278a Strafgesetzbuch Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation angeklagt. Das heisst man wirft uns ausschliesslich legale Handlungen vor, die aber eine kriminelle Organisation unterstützen würden. Kurz zusammengefasst: Irgendein unbekannter Mensch wirft irgendwann eine Stinkbombe in ein Pelzgeschäft. Laut Staatsanwaltschaft sind jetzt alle, die davon wissen, und die trotzdem gegen Pelz demonstrieren, schuldig nach § 278a, weil sie durch ihre Demo diese kriminelle Person beziehungsweise ihre Organisation in ihren Zielen – gegen Pelz zu sein – unterstützen.

Was steht hinter den Repressionen?

Wir vom VGT und der gesamte Tierschutz als soziale Bewegung haben in den letzten zehn Jahren sehr viel erreicht. Österreich hat so wenig von einer Demokratie, dass die Mächtigen in der Lage sind, erfolgreiche NGOs und durchsetzungsfähige soziale Bewegungen zu zerschlagen. So, wie § 278a StGB im Moment von der Staatsanwaltschaft gehandhabt wird, sei es Operation Spring, Islamistenprozess oder Tierschutzcausa, ist es ein Gummiparagraph, der dazu benutzt werden kann, „unliebsame“ Personen mit staatlichen Machtmitteln zu terrorisieren. Also muss § 278a StGB in dieser Form abgeschafft werden, weil er Grundrechte und bürgerli-

che Freiheiten bedroht, die sehr mühsam erkämpft wurden.

Gab oder gibt es von Seiten der Polizei Versuche, euren Ruf zu zerstören?

Die Behörden haben sehr intensiv daran gearbeitet, unseren Ruf zu zerstören. Ich erinnere an eine Presseausendung des Innenministeriums, während wir in U-Haft saßen, in dem stand, dass die Beschuldigten mit Brandstiftungen und hunderten Sachbeschädigungen in Zusammenhang gebracht werden „müssen“. Jetzt ist bewiesen, dass das eine reine Propagandalüge war. Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass uns die Polizei schützt und Staatsanwaltschaft und Gerichte Gerechtigkeit garantieren. Ich fürchte für den politischen außerparlamentarischen Widerstand gilt das genaue Gegenteil.

Wie schwierig ist es in Österreich, politisch aktiv zu sein?

Es ist eindeutig so, dass mit allen Mitteln versucht wird, den außerparlamentarischen politischen Widerstand zu unterdrücken und ihm alle Möglichkeiten zu nehmen, sich im Rahmen der Demokratie zu engagieren. Wir müssen uns da gemeinsam wehren und auf die Hinterfüße stellen. Wir dürfen Repression und Überwachung keinen Schritt mehr weitergehen lassen und zur Not mit zivilem Ungehorsam und Widerstand deren praktischen Durchführbarkeit verunmöglichen.

In den letzten Jahren wird das Dogma des „freien Marktes“ immer wichtiger,

dem versucht wird alles unterzuordnen. Das zeigt sich auch in EuGH-Urteilen wie zu den Kollektivverträgen (z.B. Laval), bei denen Einhaltung von kollektivvertraglichen Löhnen als wettbewerbsverzerrend gesehen wird – siehst du da Zusammenhänge zu den Vorgängen rund um die §§ 278?

So wird § 278a StGB gegen uns eingesetzt: wir würden auf die Wirtschaft durch Nötigung (unsere Kampagnen) einen erheblichen negativen Einfluss haben. In einer Zeit, in der der Sachwert immer höher und der Wert von Lebewesen mit Bewusstsein immer geringer eingestuft wird, dient § 278a StGB der Durchsetzung dieses neuen Paradigmas.

Antirepressionsarbeit ist auch antifaschistische Arbeit. Siehst du eine Gefahr, dass sich die Menschen mit ihren Zorn eher nach rechts wenden?

Die Rechte, die politisch an der Macht ist, wünscht sich immer mehr Überwachung und Repression, weil sie ein Menschenbild hat, das nur unter Zwang und Kontrolle zu bändigen ist. Die Antirepressionsarbeit ist also ein urlinkes Anliegen. Antirepressionsarbeit ist also auch antifaschistische Arbeit und auch hier müssen wir breite Koalitionen schließen.

Welche Aktionen sind in nächster Zeit geplant, wie kann mensch euch unterstützen?

Alles, was dazu dient, diesen Fall publik zu machen und die Sympathie der Öffentlichkeit zu mobilisieren, ist sehr wichtig. Es gibt auch eine Selbstanzeige-Aktion, bei der sich Personen selbst als Mitglied einer kriminellen Organisation nach § 278a anzeigen, obwohl sie nur normale NGO-Arbeit geleistet haben.

Wir planen den gesamten Prozess parallel völlig öffentlich zu führen und alles, was gesagt wird, sofort am Internet zu verbreiten. Die StrafverteidigerInnen gehen davon aus, dass die Richterin auf jeden Fall einen Schuldspruch fällen wird, weil sie das Gesicht der Ermittlungsbehörden wahren will. Man ist also sofort bereit, Unschuldige schuldig zu sprechen, nur um diesen Behörden die Ehre zu retten! Wiederum: Unfassbar!

IN

DIESEM BUCH wird untersucht, wie Menschen in unterschiedlichen Erwerbs- und Lebenslagen den sozio-ökonomischen Wandel wahrnehmen und verarbeiten. Ihre Gesellschaftsbilder, Unrechtsempfinden, Frustrationen und Bedürfnisse nach Anerkennung werden als Potentiale für politische Subjektivität gefasst. Deren Analyse macht verständlich, warum Personen die eigene Lebenssituation sowie gesellschaftliche Bedingungen, unter Rückgriff auf ideologische Angebote des Rechtspopulismus, deuten. Am Beispiel Österreichs argumentieren Flecker und Kirschenhofer, auf der Grundlage einer qualitativen empirischen Erhebung, dass eine populistische Lücke im Politikangebot der etablierten Parteien und Interessenvertretungen zum Aufstieg des Rechtspopulismus beigetragen hat, die verschiedene Dimensionen betrifft: öffentliche Wahrnehmung von Problemlagen, soziale Wertschätzung, Angebote für die Deutung gesellschaftlicher Veränderungen und Vertretung materieller und symbolischer Interessen. Die Zielsetzung der Untersuchung war es, die Haltungen und Orientierungen der Menschen zu verstehen, nicht sie zu beurteilen oder zu verurteilen. Damit gibt das Buch jenen eine Stimme, die sich in der öffentlichen und politischen Diskussion offensichtlich übergangen fühlen.



Der Ökonom und Soziologe Walter Baier war zwölf Jahre Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs. Wenn er sich nun aufmacht, über die Geschichte der KPÖ zu schreiben, tut er dies vor allem als Teilnehmer und Beobachter, der die Materie von innen her kennt. Wer nun aber glaubt, dass daraus ein Loblied oder eine Kampfschrift entstanden ist, hat weit gefehlt. Baier wählt keinen sentimental, sondern einen kritischen Ansatz, mit dem er auf das knappe Jahrhundert kommunistischer Bewegung zurückblickt. Er erinnert an die Anfänge der Partei, als die KPÖ in einer großen Strömung der Arbeiterbewegung ins Leben gerufen wurde. Nach den Anfängen, während einer



Walter Baier
Das kurze Jahrhundert
Kommunismus in Österreich
KPÖ 1918 bis 2008
ISBN: 978-3-902494-39-9
304 Seiten, 22,50 Euro
Edition Steinbauer

weltweiten Wirtschaftskrise, wurde die KPÖ dann besonders im Kampf gegen den Nationalsozialismus von 1938 bis 1945 zu einer führenden Trägerin humanistischer Ideen. Ihre Mitglieder scheuten sich nicht vor Verfolgung und bezahlten ihren aufrechten Willen zum antifaschistischen Widerstand sogar häufig mit dem Tod. Im Exil – vor allem in der Sowjetunion und in Großbritannien – machten die Parteimitglieder sehr unterschiedliche Erfahrungen, was ihre Politik nach der Rückkehr in zwei gegensätzliche Richtungen spalten sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte die KPÖ zu den drei Gründungsparteien der Zweiten Republik. Doch im Zuge des Kalten Krieges schrumpfte sie zur Kleinpartei, deren Blick auf die stalinistischen Verbrechen getrübt war. Erst als sie nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus in einen Rechtsstreit um ein Millionenvermögen verwickelt wurde, geriet sie wieder in die Schlagzeilen. Baier bringt Licht in die lange Zeit als kontroversiell geltende Finanzstruktur der Partei.